

Herr Scholz begründet den Antrag der Grünen. Eigentlich solle dies kein Antrag sein, über den abgestimmt werden müsste, sondern vielmehr eine Anregung, dass der Bürgermeister in die beantragte Richtung initiativ wird und weitere Mitwirkungsmöglichkeiten mit dem LVR abfragt.

Der Bürgermeister äußert Bedenken. Gespräche könnten nicht ohne Information des Gesellschaftspartners geführt werden. Insofern sei die Thematik erst in der Gesellschafterversammlung zu erörtern.

Herr Scholz sieht dies nicht unbedingt so. Die Gemeinde müsse auch das Recht haben, sich eigenständig zu informieren. Schließlich gehe auch darum zu ermitteln, wie sich die Gemeinde selber in Bezug auf das Krankenhaus künftig positioniere.

Auch Herr Liene warnt davor, den zweiten vor dem ersten Schritt zu machen. Gerade in der Gesellschafterversammlung würden immer die verschiedenen Szenarien und Möglichkeiten diskutiert. Im zweiten Schritt könne dann die Politik eingeschaltet werden.

Herr Sonntag findet den Prüfantrag grundsätzlich sinnvoll und favorisiert eine stufenweise Vorgehensweise. So sei denkbar, als Gesellschafter Gemeinde beim Landschaftsverband den Bedarf im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie abzufragen und bei positiver Resonanz dies der Gesellschafterversammlung als Vorabinformation zur weiteren Prüfung durch die Geschäftsführung vorzutragen.

Der Bürgermeister bekräftigt, dass er solche Gespräche gerne führen werde, jedoch sei es fair gegenüber dem Partner, den Mitgesellschafter hierüber zu informieren.

Herr Scholz bekräftigt noch einmal die Anregung, in diesem Sinne tätig zu werden.

Ein Beschluss in der Sache wird nicht gefasst.